

„Mehr Waffen beenden keinen Krieg“

Statt zu schießen, sollten die Ukrainer die Russen mit zivilem Widerstand vertreiben, meint Willi van Ooyen, der langjährige Organisator der Ostermärsche. Die geplante Aufrüstung der Bundeswehr sei „unsäglich“.

Herr van Ooyen, hätten Sie Wladimir Putin einen derart eklatanten Verstoß gegen das Völkerrecht und die Menschenrechte mitten in Europa zugetraut? Wenn Sie mich das vor dem 24. Februar gefragt hätten, hätte ich Ihnen wahrscheinlich gesagt, dass er ein solches Risiko nie eingehen würde. Und das, obwohl mit kriegerischen Mitteln geführte Verteilungskämpfe, beispielsweise in Afrika, im Nahen und Mittleren Osten, zunehmend zur Normalität geworden sind.

Waren Sie, waren all jene, die auf ein Mindestmaß an Rationalität bei Putin gehofft hatten, naiv?

Wir haben das kolossale Sicherheitsbedürfnis der Russen, aber auch die imperialen Kräfte in Moskau und deren Bereitschaft unterschätzt, ihre Interessen mit militärischen Mitteln zu verwirklichen. Insofern waren wir vielleicht naiv.

Wir sind uns einig: Putin ist der Aggressor, das militärische Vorgehen Russlands ist ganz klar ein Angriffskrieg?

Das ist ein völkerrechtswidriger Aggressionskrieg – völlig klar.

Was sollte die Welt aus dem Überfall auf die Ukraine lernen?

Wir werden die russische Politik von hier aus nicht verändern können, das müssen die Russen selbst machen. Wir in Deutschland müssen weiter auf Entmilitarisierung in Europa und überall dringen; das ist die zentrale Aufgabenstellung. Nur so lassen sich militärische Konflikte vermeiden.

Sie haben sich persönlich und als Linken-Politiker gegen Exporte von Waffen aus Deutschland und der EU in Krisen- und Kriegsgebiete ausgesprochen. Gilt das auch noch nach zweieinhalb Wochen Krieg gegen die Ukraine und mehreren Tausend Toten?

Ja, das gilt immer noch. Mit mehr Waffen wird kein Krieg beendet, damit sorgt man nur für noch mehr Tod und Elend. Krieg und Militär lösen keine Probleme; im Gegenteil. Das zeigt sich in Afghanistan, im Irak, in Syrien oder auf dem Balkan. Auch der Krieg in der Ukraine wird nicht beendet, indem noch mehr Waffen in das Land geschickt werden. Wer Menschenleben retten will, muss sich für Entmilitarisierung einsetzen.

Krieg und Militär lösen keine Probleme, aber sie schaffen sie leider sehr oft. Was tun, wenn der böse Nachbar – wie jetzt in der Ukraine – trotz allen guten Zuredens mit seinen Panzern im Vorgarten steht?

Die Ukrainer sollten zivilen Widerstand leisten und so dafür sorgen, dass die russischen Soldaten wieder nach Hause gehen. Weiteres Schießen wird den Ukrainern – über Teilerfolge hinaus – nicht helfen, dazu ist die militärische Überlegenheit der Russen zu groß.

Praktisch hieße das, dass die Ukraine auf unabsehbare Zeit russische Besatzungszone wäre. So lange, bis in Moskau ein neuer Gorbatschow ans Ruder kommt?

Ich bin mir gar nicht so sicher, ob Russland eine längere Besetzung der Ukraine überhaupt durchhalten könnte. Ob das ökonomische Potential Russlands ausreicht, ein Volk von mehr als 40 Millionen Menschen auf Dauer zu unterjochen. Im Übrigen würde auf längere Sicht auch der zivile Widerstand in Russland wachsen, die Forderungen nach einer vernünftigen, auf Frieden und Abrüstung ausgerichteten Politik würden lauter werden.

Sie haben die Hoffnung, dass die Machthaber in Russland irgendwann erkennen, dass sie sich mit ihren militärischen Abenteuern grundsätzlich auf Abwegen befinden – und dann wird alles wieder gut?

Ich setze nicht auf die Machthaber, sondern auf die Menschen in Russland, in der Ukraine und auch bei uns. Die müssen für eine friedlichere, sozialere, gerechtere Perspektive streiten, und das bedeutet zuallererst: Entmilitarisierung.

Ist das nicht weltfremd, um nicht zu sagen naiv?

Was ist denn die Alternative? Die weiterhin ungehemmte Ausdehnung der Konzerne und deren Macht, eine neue Form kolonialistischer Politik von China, Russland, den USA und Europa, die die Ausbeutung von Menschen weltweit zum Ziel hat? Das führt am Ende nur zu noch mehr Kriegen, noch mehr Flucht, noch mehr Vertreibung.

War es also 1939 falsch, als Großbritannien und Frankreich dem Deutschen Reich nach dessen Überfall auf Polen den Krieg erklärten – und damit der Zweite Weltkrieg begann?

Ich will die heutige Situation in der Ukraine nicht mit dem Zweiten Weltkrieg vergleichen. Der Faschismus war eine extreme Ausnahmesituation. Putin wird zwar von manchen schon mit Hitler gleichgesetzt, aber das ist eine Geschichtsklitterung, die ich nicht mitmache. Ich glaube, dass es in Russland ein Widerstandspotential für eine andere



Ostermarsch im Jahr 1968: Demonstranten protestieren gegen den Vietnamkrieg und die Militärdiktatur in Griechenland.

Foto: Institut für Stadtgeschichte



Foto: Frank Roth

Zur Person

Willi van Ooyen, geboren 1947 im niederrheinischen Weeze, ist seit über 50 Jahren in der Friedens- und Sozialforum-Bewegung engagiert und aktiv in den Initiativen „Friedensratschlag“ und „Abrüsten statt aufrüsten“. Zudem ist er Organisator der jährlichen Ostermärsche. Von 2008 bis 2017 war der Frankfurter Abgeordneter der Partei Die Linke im Hessischen Landtag.

re Politik gibt – anders als damals in Deutschland.

Aber im Falle Hitlers war es richtig, militärische Gewalt einzusetzen?

Angesichts der Monstrosität der nationalsozialistischen Eroberungs- und Vernichtungspolitik kann ich diese Position jedenfalls verstehen, auch wenn es nicht meine ist. Ich fühle mich nicht fähig, Menschen zu töten. 1939 war es für eine friedliche Lösung im Übrigen schon zu spät.

Die Friedensbewegung ist sogar gegen wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland. Warum, meinen Sie, darf man noch nicht einmal das Putin zumuten?

Ich habe nichts dagegen, wenn man die Oligarchen gezielt enteignet – das sollte man überall tun. Ansonsten führen Sanktionen aber nur dazu, dass die Bevölkerung leidet, weil die Ausbeutungsverhältnisse noch rabiat werden und der Druck auf die Menschen, mit noch weniger auszukommen, immer größer wird. Das heißt, alle Sanktionen, insbesondere aber jene, die die ärmere Bevölkerung treffen, lehnen wir ab.

Am Sonntag haben 11 000 Menschen in Frankfurt gegen den Krieg in der Ukraine demonstriert. Sie waren dabei. Wie haben Sie die Kundgebung erlebt?

Ambivalent. Das war eine gesplante Veranstaltung. Ich kann Menschen verstehen, insbesondere jetzt Ukrainer, die in ihrer Ohnmacht und Hoffnung glauben, mit Waffenlieferungen etwas zum Besseren zu verändern. Aber diejenigen, die so denken, waren nicht in der Mehrheit, erst recht nicht die, die das Risiko eines atomaren Krieges in Kauf

nehmen wollen. Ich glaube, wir müssen im Umgang mit dem Ukrainekrieg wieder in rationaleres Fahrwasser zurückkommen.

Eine große Mehrheit im Bundestag sieht das offenbar anders als Sie. Dort gab es fraktionsübergreifend Applaus, als Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) ein Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr ankündigte – dazu Waffenlieferungen ins Kriegsgebiet und Wirtschaftssanktionen.

Unsäglich. Das ist furchtbar, eine Kehrtwende, die ich noch vor drei Wochen nicht für möglich gehalten hätte. Da wurde – auch in der SPD und bei den Grünen – noch über Abrüstung statt Aufrüstung debattiert. Das ist nun alles vorüber, und die von Scholz beschriebene Zeitenwende heißt jetzt, die Militarisierung der Gesellschaft in einer Art und Weise voranzutreiben, die ich als sehr bedrückend und bedrohlich empfinde.

Hätten Sie Verständnis dafür, wenn Ihnen Ukrainer vorhalten würden, sie fühlten sich von Ihnen im Stich gelassen?

Ja, das könnte ich emotional nachvollziehen. Aber wir können am besten helfen, indem wir Flüchtlingen aus der Ukraine in Deutschland Unterkunft und ökonomische Unterstützung anbieten.

Was bedeutet der Krieg für die Ostermarsch-Bewegung?

Wir werden noch aktiver gegen die Kriege in der Welt werden müssen. Und wir müssen Ziele wie 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr und zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für den Rüstungshaushalt verhindern. Das Geld ist anderswo sehr viel wichtiger.

Sie erwarten deutlich mehr Zulauf, nachdem in den vergangenen Jahren, zuletzt natürlich auch wegen der Pandemie, nur noch wenige Tausend Menschen auf die Straße gegangen sind?

Wir erwarten eigentlich jedes Jahr die Hälfte der Bevölkerung und eine Frau dazu. Dann hätte die Friedensbewegung die Mehrheit, aber so viele kommen leider nicht.

Wie lautet das Motto vor dem Hintergrund des Krieges gegen die Ukraine?

Der Ostermarsch-Aufruf steht unter der Überschrift: Nieder mit den Waffen, stoppt den Krieg in der Ukraine, stoppt das 100-Milliarden-Euro-Aufrüstungsprogramm. Das sind unsere drei zentralen Forderungen. Aber sicher gibt es auch in der Friedensbewegung Debatten darüber, wie die richtige Reaktion auf militärische Aggressionen aussieht. Es gibt auch friedensbewegte Menschen in der Bundeswehr.

Sie sind 1947 geboren – haben Sie in den vergangenen 75 Jahren und angesichts all der Kriege, die seitdem in der Welt geführt wurden, jemals Ihre pazifistische Einstellung infrage gestellt?

Nein. Natürlich erlebe ich oft ein Ohnmachtsgefühl, ein Gefühl der Hilflosigkeit angesichts von Kriegen und militärischen Auseinandersetzungen. Aber ich würde die betroffenen Menschen nicht bitten, den Krieg weiterzuführen, damit ich mich ruhig zurücklehnen kann. Das wäre ein zu zynischer Ansatz. Ich kann nicht dafür sein, dass die Ukrainer dank unserer Waffenlieferungen weiter bluten müssen. Das schafft keinen Frieden.

Die Fragen stellte Ralf Euler.

Mit Wohnen Rente erhöhen

Für Senioren ab 70 Jahren



- ✓ Zuhause wohnen bleiben – ein Leben lang
- ✓ Mehr Geld pro Monat durch Immobilienrente
- ✓ Keine Instandhaltungskosten

Informieren Sie sich jetzt ausführlich über die Immobilienrente: André Geist und Adrian Heere freuen sich auf das persönliche Gespräch mit Ihnen.

☎ 069.34 86 80 00

✉ frankfurt@deutsche-leibrenten.de

www.deutsche-leibrenten.de/frankfurt

Der nächste Beratertag:
23. März 2022
10 – 17 Uhr
Telefonisch oder bei Ihnen Zuhause

